

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis: für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4590. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertenpreise: Die 7gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mt. **Reklame-Kolonelleise 7.50 Mt.** — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. **Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Politischer Mord in Bayern. Genosse Gareis in München erschossen.

München, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern Abend wurden auf Genossen Gareis, als er nach einer öffentlichen Volksversammlung, in der er gegen die Vertiefung der Schule sprach, gegen 12 Uhr in sein Haus eintreten wollte, Schüsse abgegeben. Einer der Schüsse traf das linke Ohr und blieb im Gehirn stecken. Genosse Gareis wurde sofort in das Schwabinger Krankenhaus geschafft, wo er um 2 Uhr morgens verschied. Hausbewohner wollten beobachtet haben, daß mehrere Personen an dieser Tat beteiligt waren. Genosse Gareis war sowohl der gefährlichste Gegner der Alldeutschen im Kampfe gegen die Einwohnerwehr, als auch der Führer der sozialistischen Opposition gegen die kirchliche Vorherrschaft in Bayern. Die Polizei soll sofort nach der Tat Ermittlungen angestellt haben, doch ist bei den heutigen Rechtszuständen in Bayern nicht zu erwarten, daß die Tat aufgeklärt wird.

Kein Vormarsch Höfers.

London, 9. Juni. Der Berliner Vertreter des Reuterschen Bureaus erfährt: General Höfer habe dem britischen Befehlshaber in Oberschlesien, General Henniker, das endgültige Versprechen gegeben, daß er nicht vorrücken werde. Man ist der Ansicht, daß das Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegebieten sehr erleichtern wird.

Die oberschlesische Frage im englischen Unterhaus.

London, 9. Juni. Im Unterhause fragte Oberst Wedge, ob Vorbereitungen für eine Konferenz, die über das Schicksal Oberschlesiens Beschluß fassen solle, gemacht worden seien und ob britische Truppen gebraucht würden, um die deutschen Insurgenten zurückzutreiben, während die französischen Truppen ihre frühere Politik in Oberschlesien unter Kontrolle der polnischen Insurgenten weiterführten. Chamberlain erklärte, die britische Regierung sei bereit, zu einer baldigen Konferenz. Es seien jedoch noch keine Vorkehrungen dafür getroffen worden, da andere Teile dafür noch nicht bereit seien. Britische Truppen in Oberschlesien wirken mit den übrigen alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung zusammen. Zwischen britischen Truppen und dem deutschen Selbstschutz sei es zu keinerlei Konflikten gekommen. Die zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes notwendigen Maßnahmen werden Augenblicklich erwogen. — Chamberlain stellte dann mit, daß über die Frage eines englisch-französischen Allianz ohne Beteiligung Amerikas nicht beraten werde. Wenn ein solcher Fall sich ergeben sollte, würde das Parlament bestimmt gehört werden.

Eine englische Note an Polen.

Paris, 10. Juni. (L.-U.) Auf den ersten Bericht des englischen Regierungskommissars Stuart aus Oberschlesien hin ließ England dem polnischen auswärtigen Amt eine Mitteilung zugehen, daß nicht eher die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt sein würde, bis nicht die polnischen Insurgenten die Städte verlassen haben, die sie mit Gewalt besetzt hielten.

Reparationsberatungen im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern vormittag tagte im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses eine gemeinsame Sitzung der wirtschaftspolitischen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates. Die Sitzung wurde durch eine ausführliche Rede über die finanzielle und wirtschaftliche Seite des Reparationsproblems eingeleitet, die der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt im Namen der Reichsregierung hielt. Ihr folgten eingehende ergänzende Darlegungen des Staatssekretärs Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium. Die Ausschüsse vertrugen sich bis auf heute nachmittags. In der heutigen Sitzung werden in ausführlichen Debatten die Bekanntmachungen der Regierungsvertreter besprochen werden.

Hilferding im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 9. Juni. Karl Kautsky, der seinerzeit vom Reichskabinett in den Reichswirtschaftsrat berufen wurde, hat sein Mandat niedergelegt. An seiner Stelle ist in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts Dr. Hilferding zum Mitglied des Reichswirtschaftsrats ernannt worden.

Der Strafantrag im Prozeß Ramdohr.

Der Reichsanwalt beantragte im Kriegsverbrecherprozeß gegen den Studenten Ramdohr: zwei Jahre Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit, ein öffentliches Amt zu bekleiden, auf fünf Jahre.

Vor dem Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus London wird gemeldet: Am Schlusse der gestern abgehaltenen Konferenz zwischen Grubenbesitzern und Grubenarbeitern wurde folgendes mitgeteilt: Beide Parteien haben ihren Standpunkt jetzt gänzlich auseinandergesetzt. Der Exekutivausschuß der Grubenarbeiterorganisationen wird hierüber der allgemeinen Versammlung berichten. Die Parteien werden nicht eher zusammenkommen, als die Abstimmung unter den Grubenarbeitern ratifiziert hat. Diese Abstimmung, die heute stattfindet, wird über die Abstimmung entscheiden, so daß dem Ende des Streikes vielleicht entgegengegangen werden kann. Der Optimismus über den Verlauf der am Freitag stattfindenden Abstimmung der Delegierten der Bergleute über die erweiterten Vorschläge der Grubenbesitzer nimmt zu. Eine Fortsetzung des Streikes kommt nur bei einer Zweidrittelmehrheit in Frage. Aus der Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer eine Abstimmung vorgeschlagen haben, ist zu schließen, daß auch sie jetzt für eine Beendigung des Streikes eintreten werden.

Kapitalistische Steuerpolitik.

In seiner Programmrede im Reichstag hat der Reichskanzler die Taktik verfolgt, sich sehr deutlich über den Ausbau der indirekten Steuern auszusprechen, über die Frage der schärferen Erfassung des Kapitals hingegen ein den bürgerlichen Parteien recht wohlthuendes Dunkel zu breiten. Inzwischen hat die Entwicklung der Regierung nach rechts hinüber, die für alle deutschen Regierungen seit der Wiederaufrichtung der Demokratie schon typisch geworden ist, bereits so weite Fortschritte gemacht, daß Wirth in seiner letzten Erklärung, die er am Mittwoch im Reichswirtschaftsrat abgegeben hat, schon deutlicher werden konnte. Hatte er im Reichstag neben den Steuern, die die arbeitende Bevölkerung belasten sollen, noch einige andre genannt, die das Kapital treffen sollen — wie den Ausbau der Körperschaftsteuer, Nachlasssteuer und Börsensteuer und die Erfassung der sogenannten Goldwerte —, so ließ er im Reichswirtschaftsrat die Waage fallen und erklärte offen, daß erst die indirekten Steuern daran kommen müssen, dann noch lange nichts und dann erst werde „allerdings“ über die Frage der Erfassung der Goldwerte „diskutiert“ werden müssen.

Höchst charakteristisch für die Geistesverfassung Wirths ist, daß er der rechten Seite des Hauses, der offenbar das Wort „Goldwerte“ auf die Nerven ging, beschwichtigend zurief: „Bekommen Sie nicht gleich rote Köpfe!“ Den Arbeitervertretern gegenüber hatte Wirth es nicht für notwendig befunden, sich wegen seiner arbeitgeberfeindlichen Steuerprojekte zu entschuldigen! Aber damit aller Zweifel darüber verstumme, daß er kein revolutionärer Löwe sei, sondern nur Wirth, der bürgerliche Finanzminister, sagte er, um die Kapitalisten vollends zu beschwichtigen, hinzu: „Ich persönlich werde mich freihalten von jedem Experiment, das von vornherein den Charakter des Experiments an der Stirne trägt.“

Mit diesen Worten hat Wirth die Karten völlig aufgedeckt. Er hat zu verstehen gegeben, daß alle Ankündigungen von der Erhöhung der Produktion und Steigerung der Produktivität durch eine neue Einstellung der Wirtschaft und durch neue Bahnen der Wirtschaftspolitik, die dem Einzuge der neuen Regierung vorangegangen waren, nur leeres Gerede waren zu dem Zweck, um jene, die nie alle werden wollen, einzufangen, um die Rechtssozialisten vor den Karren der bürgerlichen Regierung zu spannen. Das ist nun gelungen, und die Rechtsentwicklung kann einsehen. Zwar macht Wirth in jeder Rede der Höflichkeit halber noch eine Verbeugung vor der rechtssozialistischen Parole von der Beteiligung des Reiches an den Goldwerten, aber daß es ihm in Wirklichkeit nicht Ernst darum ist, konnte man aus seiner Rede im Reichswirtschaftsrat klar herauslesen.

Und die Rechtssozialisten? Sie treiben ihr altes frevelhaftes Spiel mit den Interessen der Arbeiterschaft, indem sie zuerst hohe Worte aussprechen und kühne Pläne fassen, dann aber ihre Plünder zurückziehen, um nur ja nicht von den Ministerstufen aufsteigen zu müssen und eine Regierung decken zu dürfen, deren Taten denen der volksparteilichen Regierung wie ein Ei dem andern gleichen, die dieselbe chauvinistische Politik in Oberschlesien, dieselbe reaktionsfreundliche Politik in Bayern und dieselbe reaktionäre Politik den Kommunisten gegenüber treibt. Der in der Regel gut unterrichtete Lokalanzeiger weiß bereits Näheres über die Wirthschen Steuerpläne zu berichten. Danach soll die Zuckerversteuer von sieben auf hundert Mark (!) und die Branntweinsteuer von 800 auf 1000 Mt. erhöht werden. Auch die Biersteuer und die Tabaksteuer sollen erhöht werden und die Kohlensteuer so weit, daß die Kohlen sich dem Weltmarktpreis anpassen (das heißt auf den doppelten Preis hinausschnellen), und schließlich soll die Umsatzsteuer, die jetzt 15 Prozent beträgt, in Wirklichkeit aber den Warenumfang viel schwerer belastet, weil die Waren vom Rohstoff bis zum letzten Verkauf des Fertigproduktes mehrmals versteuert werden, auf das Dreifache erhöht werden. Das sind alle Pläne, von denen das Blatt Kenntnis erhalten hat. Kein Wort von der Erhöhung oder dem Ausbau direkter Steuern, kein Wort von der Erfassung der Goldwerte. Hingegen will der Lokalanzeiger erfahren haben, daß die Rechtssozialisten diesen Steuervorlagen unter der Bedingung zustimmen wollen, daß das Reichsnotopfer um das Doppelte erhöht wird.

Es ist das alte Spiel, das sich seit der Revolution schon unzählige Male wiederholt hat: Die Rechtssozialisten verkaufen um ein Ringergeld ihre sozialistischen Prinzipien. Sie sehen diese Taktik fort, obzwar sie regelmäßig Schiffbruch erlitten hat und durch sie nur die Position der Kapitalisten gestärkt wurde und nicht die der Arbeiterschaft, wie es ihnen als Ziel vorgeschwebt haben mag. Genau dieselbe Erfahrung wird das Proletariat auch diesmal mit der rechtssozialistischen Taktik machen müssen. Die Erhöhung der indirekten Steuern wird für die Arbeiterschaft katastrophale Folgen haben. Insbesondere die Erhöhung der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer wird in Verbindung mit dem Abbau der Getreidewirtschaft und der Verminderung oder gar Aufhebung

Ein neuer Gewaltstreich Hörings.

Polizeiaktion gegen die Kommunisten in Halle. Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Halle meldet das Berliner Tageblatt: Eine neue Polizeiaktion gegen die kommunistische Zentrale in Halle in der Verchenstraße ist nach einer Meldung der kommunistischen Zeitung Die Tribüne erfolgt. Nach Durchsuchung der Geschäftsräume wurden alle Angehörigen der Roten Hilfe, der Produktivgenossenschaft und der Bezirksleitung verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt. Die Räume der Roten Hilfe wurden polizeilich besetzt, Schreibstühle wurden versiegelt und die Gelder der Produktivgenossenschaft beschlagnahmt.

Die deutsche Regierung entschuldigt sich.

Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Pariser Blätter berichten über einen Besuch des deutschen Botschafters bei Briand. Dr. Mayer hat nach diesen Meldungen dem französischen Ministerpräsidenten das Bedauern der deutschen Regierung über den peinlichen Vorfall bei Kofinow ausgedrückt, wo, wie wir berichteten, vierzehn französische Soldaten von den Deutschen angegriffen und zu Gefangenen gemacht, drei davon verwundet wurden. Dr. Mayer hat Herrn Briand die nötige Aufklärung über das in der Tat höchst bedauerliche Mißverständnis gegeben und die Ueberzeugung ausgesprochen, daß ähnliche Vorfälle die Wiederherstellung der Ordnung fortan nicht mehr behindern würden. Die Unterredung hat sich in den höflichsten Formen abgespielt.

Die Errichtung einer neutralen Zone in Oberschlesien undurchführbar.

England fordert den Kampf gegen die Insurgenten.

London, 9. Juni. Wie Reuters an maßgebender Stelle erfährt, ist der Vorschlag einer Errichtung einer neutralen Zone zwischen den Polen und Deutschen in Oberschlesien als un- durchführbar aufgegeben worden. Obwohl der Bericht Sir Harold Stuaris noch nicht abgeschlossen ist, ist doch die englische Regierung im Besitze genügender Nachrichten, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß der erste Schritt zum Frieden in der vollständigen Wiederherstellung der Autorität der Interalliierten Kommission bestehen müsse. Bis jetzt ist dies an dem Unvermögen gewisser militärischer Mitglieder der Kommission gescheitert, die zur Verfügung stehenden Truppen gegen die Insurgenten zu gebrauchen, sobald die Umstände es erforderlich machten. Obgleich es nicht der Wunsch der englischen Regierung ist, die Streitkräfte anders als in dem Falle zu gebrauchen, daß es durchaus erforderlich ist, hat der englische kommandierende Offizier freie Hand und die Autorität der Kommission wird auf diese Weise in zunehmendem Maße gestärkt.

Reuters weist darauf hin, daß ein englischer Militärzug in der Nähe von Gleiwitz von Insurgenten angehalten wurde und erst weiterfahren konnte, nachdem die Erlaubnis Korfan- tzs eingeholt war. Das Unerträgliche einer solchen Verhöhnung der Kommission wird allgemein anerkannt und man glaubt, daß die Beschränkungen im Gebrauch der Streitkräfte gegen die Insurgenten in Kürze aufgehoben werden, um eine vollkommene Zusammenarbeit der Alliierten in Oberschlesien zu erreichen. Eine in diesem Sinne abgefaßte Note ist nach Paris und Rom abgeschickt worden. Obwohl eine Antwort noch nicht eingingen konnte, zeigen die letzten Telegramme der örtlichen Vertreter der beiden Regierungen, dem britischen Standpunkte Zustimmung. Inzwischen ist in der Anschauung der englischen Regierung eine Veränderung nicht eingetreten, daß das baldige Zusammenkommen des Obersten Rates von großer Bedeutung ist. Es ist wahrscheinlich, daß die Idee einer Zusammenkunft von Sachverständigen nicht verwirklicht werden wird.

Berlin, 10. Juni. (L.-U.) Wie ein Mitarbeiter des Berliner Tageblattes zu der Lage in Oberschlesien erfährt, haben die interalliierten Truppen an zwei Stellen der Front die, wie die englischen Blätter melden, „Schrante“ zwischen den Deutschen und Polen bereits hergestellt, und zwar ist dies in den Gemeinden von Hohenberg und Köschitz der Fall, wo infolge dieser Entente-